Einschaltung der Krankenkasse von dem Versicherten nach den Umständen des Falles nicht verlangt werden konnte, darf die Unfähigkeit zur rechtzeitigen Leistungserbringung unterstellt werden (BSG, Urt. v. 25.9.2000, a. a. O.). Letztlich kann man daher unabhängig von der Formulierung des Genehmigungserfordernisses im Rahmen einer „Soll“- oder „Muss“-Vorschrift eine Ausnahme von dem Erfordernis der vorherigen Genehmigung des Heil- und Kostenplanes (nur) annehmen in Fällen einer unaufschiebbaren Leistung in dem vorstehend definierten Sinne, wie es von der Bekl. in den angefochtenen Bescheiden auch angenommen worden ist.

Eine weitergehende Ausnahme von dem Grundsatz, dass mit der Zahnersatzbehandlung erst nach Prüfung und Genehmigung des Heil- und Kostenplanes, ggf. im Rahmen des sog. Gutachterverfahrens, begonnen werden darf, lässt sich auch aus der vom BSG in dem vorangegangenen Revisionsverfahren zitierten weiteren Entscheidung des BSG v. 22.6.1983 (– 6 RKA 10/82 –, BSGE 55, 150), nicht entnehmen. Wenn dort (juris, Rdnr. 26) ausgeführt ist, die genannte Vorschrift des § 2 Abs. 2 Anlage 12 BMV-Z beinhalte keine zwingende Leistungsvoraussetzung, so ist zum Einen die Relativierung dieser Aussage im darauf folgenden Satz zu berücksichtigen, wonach sich die Fortsetzung einer Behandlung „mitunter aus medizinischen Gründen kaum vermeiden“ lassen werde, wenn es nach der Einreichung eines kieferorthopädischen Verlängerungsantrages oder eines berichtigten Heil- und Kostenplanes „bei der Krankenkasse zu Verzögerungen der Bearbeitung“ komme. Diese einschränkende Formulierung, wonach es sich zum Einen um medizinische Gründe und zum Anderen um Verzögerungen in der Bearbeitung auf Seiten der Krankenkasse handeln muss, entspricht dem bereits dargelegten Erfordernis einer unaufschiebbaren Leistung in dem definierten Sinne. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass Gegenstand der genannten Entscheidung nicht ein Honoraranspruch, sondern eine datenschutzrechtliche Fragestellung war und es sich bei den genannten Ausführungen nicht um tragende Gründe der Entscheidung handelte.

Eine unaufschiebbare Leistung, die eine Ausnahme von dem grundsätzlichen Erfordernis einer vorherigen Genehmigung des Heil- und Kostenplanes rechtfertigen würde, war hier nicht gegeben. Dabei kann insoweit vollinhaltlich auf die Ausführungen des SG verwiesen werden. Die von der Kl. in der Klagebegründung angeführten Argumente dafür, dass es sich um eine „Notfallbehandlung“ gehandelt habe, sind keine medizinischen Gründe, die zu einer Unzumutbarkeit des Abwartens der Genehmigung des Heil- und Kostenplanes seitens der Versicherten geführt hätten. Insbesondere ist weder dargelegt, dass die vorhandene Modellgussprothese so defekt war, dass sie ihre Funktion überhaupt nicht mehr erfüllte, und zudem hätte, wie die Kl. selbst einräumt, durchaus eine provisorische Interimsversorgung erfolgen können (dazu, dass ein „Notfall“ lediglich eine provisorische, nicht aber eine endgültige Zahnersatzbehandlung rechtfertigt, vgl. auch LSG Bad.-Württ., a. a. O., juris, Rdnr. 25). Zudem war zwar nach dem Vorbringen der Kl. am 4.12.1996 eine Parodontalbehandlung erfolgt, die jedoch nach der Auffassung des Gutachters Dr. H. offenbar nicht ausreichte, da dieser eine parodontale Vorbehandlung nach dem Ergebnis seiner Untersuchung am 5.12.1996 für dringend indiziert hielt. Der entscheidende Grund für die endgültige Eingliederung von Zahnersatz noch im Dezember 1996 dürfte die von der Kl. selbst vorgetragene unklare Rechtslage bezogen auf die Kostenersatzung für Zahnersatz ab Januar 1997 gewesen sein. Auch diese begründete jedoch keine Unaufschiebbarkeit der Behandlung i. S. einer medizinischen Indikation.

[...]

Der Verstoß gegen § 2 Abs. 2 Anlage 12 BMV-Z führt dazu, dass die Leistung nicht zu vergüten ist. Dies gilt unabhängig davon, ob sie ordnungsgemäß ausgeführt wurde oder nicht. Unter diesen Voraussetzungen kann ein Leistungsanspruch auch nicht aus bereicherungsrechtlichen Vorschriften abgeleitet werden (vgl. BSG, Urt. v. 22.3.2006 – B 6 KA 76/04 R –, a. a. O., juris, Rdnr. 11 m. w. N.; Urt. des Senats v. 9.5.2006 – L 4 KA 14/04 –, juris, Rdnrn. 35, 36 m. w. N.). [...]

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/S00350-010-2601-9

Verträge zwischen Ärzten in freier Praxis.

Von **Hans-Jürgen Rieger. (Heidelberger Musterverträge).** Verlag Recht und Wirtschaft, Frankfurt, 8. Aufl. 2009, 66 S., kart., € 15,00

Es ist mehr als eine Randnotiz wert, auf die soeben erschienene 8. Auflage von *Riegers* kommentierter Vertragssammlung hinzuweisen. Der Titel wurde – obwohl der Begriff der freien Praxis im Zeitalter von MVZ und Berufsausübungsgemeinschaften manchem nicht mehr als zeitgemäß erscheinen mag – zu Recht beibehalten. *Rieger* war die faire und ausgewogene Vertragsgestaltung als Grundlage freiberuflicher ärztlicher Berufsausübung stets ein Anliegen.

„Musterverträge“ verleiten dazu, unkritisch auf tatsächlich nicht passende Sachverhalte übertragen zu werden. Insofern ist *Riegers* Hinweis ernst zu nehmen, dass er Ideen und Anregungen vermit-

teln, aber nicht eigenes Nachdenken und die berufliche Erfahrung der Verwender ersetzen möchte.

Die in den Band aufgenommenen Verträge betreffen Standardsituationen. In Teil 1 „Verträge in der Einzelpraxis“ werden ein Anstellungsvertrag mit einem Assistenten, ein Vertrag mit einem Praxisvertreter sowie ein Praxisübergabevertrag vorgestellt. Es schließen sich in Teil 2 Kooperationsverträge an, wobei ein Gemeinschaftspraxisvertrag (erfreulicherweise hat *Rieger* diesen Terminus nicht durch den verschwommenen Begriff der Berufsausübungsgemeinschaft ersetzt) sowie ein Praxisgemeinschaftsvertrag abgedruckt sind. Teilweise werden bei Weichenstellungen Formulierungsalternativen angeboten. Die wesentlichen Bestimmungen der Verträge werden in jeweils den Verträgen folgenden gesonderten Kapiteln umfangreich unter Angabe weiterführender Fundstellen kommentiert. Teil 2 endet mit einem separaten Kapitel, welches einen aktuellen Überblick zu ärztlichen Kooperationsformen bietet.

Im Anhang sind die von der Bundesärztekammer – Stand 9.9.2008 – veröffentlichten „Hinweise zur Bewertung von Arztpraxen“ angedruckt (ausführlich *Cramer*, MedR 2009, 716), an deren Entstehung *Rieger* beteiligt war.

Das Bändchen ist hilfreich für jeden, der mit Praxisverträgen zu tun hat. Der Einsteiger wird durch die Formulierungsvorschläge sowie die Erläuterungen schnell sachkundig. Der erfahrene Berater findet eine Fülle aufschlussreicher Hinweise und Beispiele und kann kritisch überprüfen, ob seine eigenen Formulierungen ebenso klar und verständlich sind.

Rechtsanwalt Dr. iur. Karl-Heinz Möller,
Fachanwalt für Medizinrecht,
Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
Düsseldorf, Deutschland